

2

Ministerratssitzung

Beginn: 10 Uhr 15

Montag, 30. Dezember 1946

Ende: 12 Uhr 30

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, Justizminister Dr. Hoegner, Arbeitsminister Roßhaupter, Innenminister Seifried, Finanzminister Dr. Kraus, Kultusminister Dr. Hundhammer, Wirtschaftsminister Dr. Zorn, Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner, Staatsminister Dr. Pfeiffer (Bayer. Staatskanzlei), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Krehle (Arbeitsministerium), Staatssekretär Pittroff (Kultusministerium), Staatssekretär Gentner (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Höltermann (Sonderministerium).¹

Tagesordnung: I. Neujahrskundgebung. II. Landeszentralbank. III. Frage der Staatssekretäre. IV. Wohnungsbeschagnahmen in Grünwald. V. Entlassungen im Wirtschaftsministerium. [VI. Wiedereröffnung der Universität München]. [VII. Landeszentralbank]. [VIII. Zustimmung des Ministerrats zur Ernennung leitender Beamter]. [IX. Glückwünsche zum Jahreswechsel].

*I. [Neujahrskundgebung]*²

Ministerpräsident *Dr. Ehard* verliest zunächst die Neujahrskundgebung der Bayerischen Staatsregierung an das bayerische Volk.³

Auf Vorschlag von Staatsminister *Dr. Hundhammer* werden sodann noch einige textliche Änderungen vorgenommen.

Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden, daß die Neujahrskundgebung vom Ministerpräsidenten im Namen der Bayerischen Staatsregierung unterzeichnet wird.

Anschließend teilt Ministerpräsident *Dr. Ehard* mit, daß er aufgefordert worden sei, in der Neujahrnacht eine Minute im Rundfunk zu sprechen.⁴ Er habe zugesagt, gleichzeitig aber veranlaßt, daß er am Neujahrstag selber, voraussichtlich am Nachmittag, eine längere Ansprache von ca. 10 bis 15 Minuten Dauer halten werde.⁵ Ministerpräsident Dr. Ehard weist noch daraufhin, daß die Regierungserklärung vorbereitet werden müsse. Zu diesem Zweck solle am Dienstag, den 7. Januar 1947, vormittags, ein Ministerrat stattfinden.⁶ Im übrigen sei es wohl zweckmäßig, dem Landtag eine erweiterte schriftliche Regierungserklärung zugehen zu lassen.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* teilt mit, daß soeben aus Stuttgart die Nachricht gekommen sei, daß auf Wunsch von General Clay dort am Dienstag, den 7., der Länderrat zusammentreten solle und am Tag vorher eine Direktoriumssitzung stattfinde. Da am 6. Januar in Hessen Landtagseröffnung sei, werde die Länderratstagung um einen Tag verschoben werden müssen,⁷ weshalb auch der bayerische Landtag wohl erst am 9. oder 10. zusammentreten könne.⁸ Der Präsident des Bayerischen Landtags müsse entsprechend verständigt werden. Es wird daraufhin vereinbart, daß die nächste Ministerratssitzung am Dienstag, den 7. Januar 1947, vormittags 8 Uhr, stattfinden solle.

1 Von den im Landtag am 21. 12. 1946 ernannten Kabinettsmitgliedern fehlte Staatsminister Loritz, *StB.* I S. 26f. (21. 12. 1946). Die Staatsminister Zorn und Kraus sowie Staatssekretär Gentner wurden erst am 10. 1. 1947 im Landtag vereidigt, *StB.* I S. 31 (10. 1. 1947). Die Rubrik „Entschuldigt“ wurde in diesem Protokoll nicht separat aufgeführt.

2 Vgl. Nr. 1 TOP XII und XV.

3 Entwurf in NL Ehard 625, Abdruck der endgültigen Fassung in: Bayer. Staatsanzeiger 4. 1. 1947.

4 Entwurf und endgültige Fassung des Neujahrswunsches MPr. Ehards für das Jahr 1947 gesprochen am 1. 1. 1947 0.00 Uhr zusammen mit dem Direktor des OMGB General Walter J. Müller (NL Ehard 625), Abdruck in: Bayer. Staatsanzeiger 4. 1. 1947.

5 Typoskript der Ansprache Ehards am 1. 1. 1947 17.45 Uhr mit hs. Korrekturen und Ergänzungen Ehards sowie eine diese Abänderungen enthaltende Reinschrift in NL Ehard 625; ebd. ein davon abweichender früherer Entwurf.

6 Vgl. Nr. 3 TOP I.

7 Vgl. die 16. Tagung des Länderrats der US-Zone, 8. 1. 1947, *AVBRD* 2 S. 75–103.

8 Der Landtag trat am 10. 1. 1947 zusammen, *StB.* I S. 29–44 (10. 1. 1947).

II. [Landeszentralbank]

Staatsminister *Dr. Kraus* gibt bekannt, daß er Reichsbankdirektor Hartlieb nicht als Präsidenten der Landeszentralbank vorschlagen könne, da er sich für diesen Posten nicht eigne;⁹ dieser Meinung sei auch der überwiegende Teil der bayerischen Bankwelt. Als Vizepräsident käme Hartlieb jedoch in Betracht und er habe keine Bedenken, ihn mit der kommissarischen Übernahme der Landeszentralbank bis zur endgültigen Ernennung des Präsidenten zu beauftragen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, daß die Ernennung des Präsidenten möglichst bald erfolgen müsse.

Staatsminister *Dr. Kraus* weist daraufhin, daß auch mit möglichster Beschleunigung der Verwaltungsrat¹⁰ bestellt werden müsse und erklärt nochmals, daß Reichsbankdirektor Hartlieb in keiner Weise Unrecht geschehe, wenn er nur zum Vizepräsidenten ernannt werde, zumal dieser selbst vor einem halben Jahr nicht daran gedacht habe, die Stelle des Präsidenten anzustreben.

Der Ministerrat erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden.¹¹

III. [Frage der Staatssekretäre]¹²

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt zur Erwägung, ob im Hinblick auf Artikel 49 der Bayerischen Verfassung es rechtlich möglich sei, mehrere Staatssekretäre in einem Ministerium zu bestellen. Da die besonderen Umstände häufige Abwesenheit der Minister erfordern, sei die Bestellung von Staatssekretären dringend notwendig. Man solle dem Landtag vorschlagen, sich mit der Ernennung von einem oder mehreren Staatssekretären einverstanden zu erklären und zugleich deren rechtliche Stellung im Kabinett festlegen.

Justizminister *Dr. Hoegner* glaubt, daß Schwierigkeiten durch Artikel 49 entstehen könnten. Die Frage sei, ob der Artikel 50 der Bayerischen Verfassung unter Geschäftsbereich etwas anderes verstehe, wie Artikel 49.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, man könne jedenfalls dem Landtag einen entsprechenden Vorschlag machen, der seinerseits zustimmen könne.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* unterstützt diesen Vorschlag mit besonderer Betonung der umfangreichen Aufgaben der Ministerien.

Justizminister *Dr. Hoegner* weist daraufhin, daß Artikel 49 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung es gestatte, besondere Geschäftsbereiche zu schaffen, woraus man schließen könne, daß auch die Schaffung von Staatssekretären möglich sei. Zu überlegen sei auch noch die Frage der Stellvertretung. Nachdem Artikel 50 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung vom Staatssekretär als Stellvertreter für einen bestimmten Geschäftsbereich rede, könne eigentlich bei zwei Staatssekretären in einem Ministerium nur einer Stellvertreter sein. Man müsse die Sache wohl so regeln, daß ein Staatssekretär bei der Verhinderung des Ministers Stellvertreter sei, bei dessen Verhinderung erst der zweite Staatssekretär.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt Einverständnis darüber fest, daß ein entsprechender Vorschlag dem Landtag gemacht werde und daß die weiteren Fragen durch eine Geschäftsordnung zu regeln seien. Ministerpräsident *Dr. Ehard* wirft die Frage des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen auf und weist daraufhin, daß die Militärregierung an sich keine Änderung des Apparates für das Flüchtlingswesen wünsche und jedenfalls bei größeren Umänderungen gefragt werden wolle. Er schlage vor, gleichzeitig mit Vorlage vor dem Landtag der Militärregierung mitzuteilen, was von seiten der Bayerischen Regierung beabsichtigt sei. Einstweilen werde man an der Unterstellung des Flüchtlingswesens unter das Innenministerium festhalten und den gesamten Apparat beibehalten.¹³ Der Begriff des Flüchtlings müsse möglichst bald verschwinden.

⁹ Vgl. Nr. 1 TOP XVII.

¹⁰ Zu dessen Zusammensetzung s. Nr. 11 TOP IV.

¹¹ Zum Fortgang s. TOP VII und Nr. 3 TOP XI.

¹² Vgl. Nr. 1 TOP XI.

¹³ Im Zuge der Regierungsbildung war geplant gewesen, das Staatskommissariat in ein Staatssekretariat umzuwandeln und dieses dem StMarb zuzuschlagen, *Bauer, Flüchtlinge* S. 116f.

Justizminister *Dr. Hoegner* bezeichnet die Einschaltung der Amerikaner als sehr eigenartig; es scheine, daß sich Beamte aus eigennützigen Erwägungen unmittelbar an die Amerikaner wendeten. Die Sozialdemokratische Partei habe ursprünglich ein eigenes Ministerium für das gesamte Flüchtlingswesen vorgeschlagen,¹⁴ aus dem nunmehr ein Staatssekretariat werden solle. Daran müsse unbedingt festgehalten werden. Auch er sei der Ansicht, daß dieses Staatssekretariat beim Ministerium des Innern bleiben und am Apparat nichts geändert werden solle. Man müsse aber allen Versuchen entgegentreten, sich unter Umgehung des Ministerrats unmittelbar an die Amerikaner zu wenden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilte mit, er habe die Amerikaner präzise gefragt, was sie eigentlich wollten, worauf diese gesagt hätten,¹⁵ sie seien nicht befugt, in die Selbstverwaltung einzugreifen.

Staatsminister *Roßhaupter* weist daraufhin, daß nach Beendigung des Flüchtlingsstroms ein besonderes Staatssekretariat überflüssig werde, da dann die Arbeitsfähigen eingegliedert seien, während die anderen der Wohlfahrtspflege anheimfielen.

Staatsminister *Seifried* erklärt, aus politischen Gründen sei die Schaffung eines Staatssekretariats unbedingt notwendig, da die Flüchtlinge großen Wert darauf legten.¹⁶

Ministerpräsident *Dr. Ehard* ersucht Staatsminister *Seifried* ein Exposé über die Flüchtlingsfrage auszuarbeiten, dessen Inhalt in der Regierungserklärung aufzunehmen sei und gleichzeitig den Amerikanern zugehen solle.¹⁷

Staatsminister *Seifried* teilte noch mit, die Amerikaner wollten den engen Kontakt aufrecht erhalten und hätten z.B. nach dem Gesetz über die Bildung des Senats gefragt.¹⁸

Justizminister *Dr. Hoegner* bezeichnet das als unnötige Doppelarbeit. Er schlage vor, die Militärregierung nicht offiziell zu verständigen, sondern lieber dem zuständigen Offizier den Entwurf privat zu geben.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schließt sich diesen Ausführungen an.

IV. [Wohnungsbeschlagnahmen in Grünwald]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, die Angelegenheit der Wohnungsbeschlagnahmen in Grünwald habe sich, wie er aus der Unterredung mit einer Deputation entnommen habe, äußerst zugespitzt und man müsse mit einer Demonstration rechnen.¹⁹ Besonders bedenklich sei, daß die Beschlagnahmen folgenden Wortlaut hätten: „Diese Häuser werden enteignet“. Es müsse jetzt unter allen Umständen etwas unternommen werden, wobei unter anderem darauf hinzuweisen sei, daß die Häuser in Harlaching heute noch leer stünden, obwohl sie bereits vor einem halben Jahr beschlagnahmt worden seien.²⁰ Auch müsse man auf die ausdrückliche Erklärung von General McNarney hinweisen. Er schlage vor, daß eine Kommission, bestehend aus dem Innenminister, dem Arbeitsminister und einem Vertreter der Bayerischen Staatskanzlei, zu den Amerikanern ginge, um auf den Ernst der Lage hinzuweisen, vor allem müsse die angekündigte Überprüfung sofort eingeleitet und die Räumungsfristen verschoben werden.

Staatsminister *Seifried* macht auf die verschiedenen Schreiben und die persönlichen Schritte aufmerksam, die in den letzten Wochen unternommen worden seien, ohne daß sie einen Erfolg gebracht hätten.

Staatsminister *Roßhaupter* schließt sich diesen Ausführungen an.

14 Vgl. zur Regierungsbildung Einleitung S. LIIf.

15 Die Formulierung geht auf hs. Änderungen MPr. Ehards zurück. Die Passage hatte im Registraturexemplar zunächst gelautet: „..., worauf diese verlegen geworden seien und gesagt hätten, sie seien nicht befugt, in die Selbstverwaltung einzugreifen“ (StK-MinRProt 8).

16 *Bauer*, Flüchtlinge S. 133f. S. Einleitung S. LIV.

17 Vgl. die entsprechende Passage der Regierungserklärung StB. I S. 37 (10. 1. 1947).

18 Vgl. *Protokolle Hoegner* I Nr. 59 TOP I sowie zum Fortgang Nr. 19 TOP II.

19 Vgl. *Schott*, Wohnungsbeschlagnahmen.

20 Zu den Beschlagnahmen in Harlaching s. Stadtarchiv München BuR 1975, in Grünwald BuR 1979 sowie *Brückl* S. 77f. Zur Wohnraumsituation in München s. allg. *Ellenrieder*, zur Beschlagnahme in Harlaching vgl. auch den Plan des von der Militärregierung beschlagnahmten und eingezäunten Gebietes bei *R. Bauer* S. 13. Anfang Mai 1947 waren 1700 Häuser in München von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, *Chronik der Stadt München* S. 262.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, es sei ihm bekannt, daß man das Menschenmögliche getan habe. Mit Rücksicht auf die Anordnung General McNarneys und die Stellungnahme der amerikanischen Presse, solle jedoch ein neuer Schritt versucht werden.

Staatssekretär *Dr. Höltermann* unterstreicht diese Ausführungen und regt an, möglichst sofort die amerikanischen Pressevertreter auf die Lage aufmerksam zu machen.

Staatsminister *Roßhaupter* meint, man könne sich nicht viel davon versprechen, da die Disziplin bei den Amerikanern zu wünschen übrig lasse und die untergeordneten Stellen oft machen was sie wollten.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, er werde im Landtag in aller Öffentlichkeit auf die Situation hinweisen.²¹ Im übrigen werde er nicht die Hand dazu reichen, daß deutsche Polizei mit Gewalt die Bewohner aus den Häusern vertreibe, die sich weigerten, ihre Häuser freiwillig zu verlassen.

Es herrscht Einverständnis, daß der durch Ministerpräsident *Dr. Ehard* vorgeschlagene Schritt unternommen wird.²²

V. [Entlassungen im Wirtschaftsministerium]

Staatsminister *Dr. Zorn* gibt bekannt, daß eine große Zahl von leitenden Beamten und Angestellten im Wirtschaftsministerium entlassen worden seien, hauptsächlich wegen Fragebogenfälschungen, und noch weitere Entlassungen zu erwarten seien.²³ Er sei dadurch in einer außerordentlich schwierigen Lage, zumal es sich durchwegs um Leute in Schlüsselstellungen handle und fast ein Drittel des Wirtschaftsministeriums entlassen worden sei. Er ersuche, ihm wenigstens vorübergehend Präsident *Dr. Wagner*²⁴ vom Statistischen Landesamt zur Verfügung zu stellen, da gerade jetzt eine Reihe von dringenden Problemen zu lösen sei.

Staatsminister *Seifried* erklärt sich damit einverstanden, *Dr. Wagner* kurze Zeit dem Wirtschaftsministerium zu überlassen.²⁵

Auf Anfrage von Staatsminister *Dr. Zorn* antwortet Ministerpräsident *Dr. Ehard*, daß *Dr. Zorn* bereits unterschreiben könne u.z. im Auftrag.²⁶

[VI. Wiedereröffnung der Universität München]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* setzt sich dafür ein, daß die Wiedereröffnung der Universität, die erst für Anfang Februar in Aussicht genommen sei, mindestens 14 Tage vorher erfolgen solle.²⁷ Die Studenten befänden sich in so großer wirtschaftlicher und sozialer Not, daß man hier möglichst entgegenkommen müsse.²⁸ Es sei doch wohl möglich, irgendwoher Kohle für die Beheizung der Universität zu erhalten. Unter Umständen müsse eben von Vergnügungsstätten usw. Heizmaterial abgezweigt werden.

21 Ehard kritisierte die Wohnungsbeschlagnahmungen durch die Amerikaner in seiner Regierungserklärung am 10. 1. 1947 nicht.

22 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP IV.

23 „Reorganisation eines bayerischen Ministeriums“, NZ 6. 1. 1947. An der Spitze der Entlassenen standen der Leiter des Landeswirtschaftsamtes *Lukas von Kaufmann* und sein Stellvertreter *Erwin Stölzl*. Vgl. Weekly Report OMGB for the week ending 9. 1. 1947: „Coupled with similar conditions prevailing at Bavarian universities, this circumstance leads to the belief that Bavaria is less cooperative than other sections of Germany“ (OMGBY 13/142–2/9).

24 Dr. oec. publ. *Karl Wagner* (1893–1963), 1922 Eintritt in das Statistische Reichsamt Berlin, 1926 RR, 1930–1937 Generalreferent für Volks-, Berufs- und Betriebszählungen, 1933 nicht zum ORR befördert, 1937 auf Grund des § 6 des Berufsbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt, anschließend zur Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1933 Weiterbeschäftigung als Angestellter, 1941 Ausscheiden aus dem Staatsdienst, Stellv. Leiter der statistischen Abteilung der Wirtschaftsgruppe Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie, seit April 1942 Leiter der Statistischen Abteilung der IHK München-Oberbayern, 12. 2. 1946–31. 10. 1946 kommissarischer Leiter des Bayer. Statistischen Landesamtes, 1. 1.–15. 7. 1947 als MD vorübergehend abgestellt an das StMWi, 12. 5. 1947–1. 3. 1960 Präsident des Bayer. Statistischen Landesamtes, 1948 Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Herausgeber des Allgemeinen Statistischen Archivs, Gründer und 1949–1955 Vorsitzender des Vorstands des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo-Institut), München. S. *Dreißig Jahre Wirtschaftsforschung*. – Zur engen Zusammenarbeit zwischen Zorn und Wagner s. *Kronawitter*, *Wirtschaftskonzeptionen* S.241 Anm. 112.

25 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP VI.

26 Vgl. Nr. I TOP X. Ehard hatte Zorn zwar dem Landtag am 21. 12. 1946 als Wirtschaftsminister benannt. Da Zorn, der auch kein MdL war, jedoch nicht anwesend war, konnte er erst am 10. 1. 1947 im Landtag vereidigt werden, StB. I S. 27 (21. 12. 1946) und S. 31 (10. 1. 1947). Zum Fortgang s. Nr. 9 TOP XXIV.

27 Vgl. *Jutz* S. 204.

28 Zu den Zuständen an der Univ. München vgl. *Münchner Nachkriegsjahre* S. 201–217.

Staatsminister *Dr. Baumgartner* weist daraufhin, daß offenbar bei den Kohlenbergwerken keine ausreichende Kontrolle sei, da er z.B. erfahren habe, daß eine Münchner Firma gegen Lieferung von Hosenträgern 400 Zentner Kohlen vom Bergwerk erhalten habe.

Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden, daß von Seiten des Wirtschaftsministeriums sofort geprüft wird, ob eine besondere Zuweisung von Kohlen an die Universität möglich sei, damit die Eröffnung vorverlegt werden könne.²⁹

[VII. Landeszentralbank]

Staatssekretär *Dr. Müller* verliest die Verordnung über die Landeszentralbank³⁰ und ersucht anschließend ihm von den Ministerien die vorgeschlagenen Vertreter im Verwaltungsrat zu benennen.

Staatsminister *Dr. Kraus* teilt dazu mit, daß sich Reichsbankpräsident Hartlieb bereit erklärt habe, die Stelle des stellvertretenden Präsidenten der Landeszentralbank zu übernehmen.³¹

Staatssekretär *Dr. Müller* schlägt daraufhin vor, die Reichsbankdirektoren Hartlieb und Padberg³² zu kommissarischen Leitern der Landeszentralbank zu bestellen, da bereits in den nächsten Tagen wichtige Aufgaben, insbesondere die Abwicklung der Reichsbank betreffend, zu erledigen seien und die Ernennung des endgültigen Präsidenten der Landeszentralbank nicht abgewartet werden könne.

Der Ministerrat erklärt sich einstimmig mit diesem Vorschlag einverstanden.³³

[VIII. Zustimmung des Ministerrats zur Ernennung leitender Beamter]

Es herrscht Übereinstimmung, daß die Frage der Zustimmung des Ministerrats zur Ernennung leitender Beamter durch eine Geschäftsordnung geregelt werden müsse.³⁴

[IX. Glückwünsche zum Jahreswechsel]

Abschließend entbietet Ministerpräsident *Dr. Ehard* den Mitgliedern des Kabinetts seine besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Justizminister *Dr. Hoegner* dankt im Namen des Kabinetts für diese Glückwünsche und spricht gleichzeitig den in der neuen Staatsregierung befindlichen Mitgliedern der nunmehr abgetretenen Regierung seinen Dank für ihre Mitarbeit aus.

Der Bayerische Ministerpräsident:
gez. Dr. Hans Ehard

Der Sekretär des Ministerrats:
I. V.
gez. Levin Frhr. von Gumpenberg

Der Leiter der Bayer. Staatskanzlei:
gez. Dr. Anton Pfeiffer
Staatsminister

29 Die Vorlesungen an der Univ. München begannen am 8. 1. 1947. Infolge der anhaltenden Kälte und wegen des Kohlenmangels wurde der Vorlesungsbetrieb zwei Tage später mit Ausnahme der Kliniken und der Theol. Fakultät bis Anfang Februar eingestellt; vgl. *Chronik der Stadt München* S. 230 sowie SZ 11. 1. 1947. Zum Fortgang s. Nr. 4 TOP IV und Nr. 7 TOP VI.

30 Verordnung Nr. 111 zur Durchführung des Gesetzes Nr. 50 über die Errichtung der Landeszentralbank von Bayern vom 27. 11. 1946 vom 30. Dezember 1946 (GVBl. 1947 S. 47).

31 Vgl. Nr. 1 TOP XVII.

32 Aloysius Padberg (1895–1965), Bankier, 1923 Eintritt in die Reichsbank, ab 16. 5. 1945 Direktor Reichsbankfiliale München, bis Ende 1946 Direktor der Zentralleitung bei der Reichsbankfiliale München, 1947–1948 1. Direktor der Hauptstelle München, ab 1948 Vortragender Direktor beim Vorstand der Landeszentralbank von Bayern, 1949–1954 in gleicher Funktion mit der Bezeichnung Hauptreferent.

33 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP XI.

34 Vgl. Nr. 1 TOP II. Hier spielte auch der entsprechende Passus der Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und SPD eine Rolle, vgl. Einleitung S. XX. Eine Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung wurde erst am 1. 8. 1952 erlassen. Lt. § 1 6. dieser Geschäftsordnung gehörte in die Zuständigkeit der Staatsregierung die Ernennung, Entlassung, Weiterbeschäftigung über die gesetzliche Altersgrenze hinaus, Ruhestands- und Wartestandsversetzung der Beamten von der Besoldungsgruppe A 1 a (Ministerialrat) an und der Vorstände der den Staatsministerien unmittelbar untergeordneten Behörden auf Vorschlag des zuständigen Staatsministers (Exemplar in MF 69388).

Oberregierungsrat